

# BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

## TTIP - die „ökonomische NATO“

Mit dem Transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP (Trans-atlantic Trade and Investment-Partnership) zwischen USA und EU soll die größte einheitliche Handels- und Investitionszone der Welt installiert werden.

Ihre Verwirklichung wäre verheerend. Sie würde diesen Wirtschaftsraum total dem Diktat der Konzerne unterwerfen.

Den Multis und internationalen Investoren sollen Investitionsschutzrechte und Sonderklagerechte eingeräumt werden, welche die Demokratie im Nerv treffen würden.

TTIP würde zum Abbau gewerkschaftlicher Schutz- und Verhandlungsrechte und zu einem Dumping der Tarif- und Arbeitsnormen führen.

Schlimm wären schließlich auch die Auswirkungen auf die Verbraucher: TTIP beabsichtigt vorzuschreiben, bisher öffentlich produzierte Güter - von der Gesundheit bis zur Wasserversorgung - den Profitinteressen internationaler Investoren zu überlassen und das Rückgängigmachen von Privatisierungen zu unterbinden. Es würde zudem den Verbraucherschutz weitgehend aushebeln bzw. auf niedrigere Standards festlegen.

Schließlich würde TTIP und sein Pendant im pazifischen Raum TPP - unter Führung von USA und Japan - die internationalen Beziehungen vergiften und neue Spannungen in



die Welt bringen. Denn die beiden geplanten Abkommen richten sich gegen die Schwellenländer, insbesondere BRICS (Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika). Das manifestiert sich schon in der Mitgliedschaft: Alle G7-Staaten gehören mindestens einem der exklusiven Wirtschaftsclubs an, aber kein einziges BRICS-Land. Die gegenüber



dem hohen Wachstum der Schwellenländer zurückfallenden „alten Metropolen“ wollen durch die Blockbildung ihre globale Führungsstellung halten und wieder ausbauen. Die angestrebten handelspolitischen Regeln und Standards sollen nicht nur für den Blockbereich gelten, sondern dann der gesamten globalen Wirtschaft aufgezwungen werden. Mit anderen Worten: 18 Prozent der Weltbevölkerung (TTIP + TPP), genauer deren politische und ökonomische „Eliten“, wollen dem Rest der Welt ihren ökonomischen Willen aufzwingen.

EU-Handelskommissar Karl de Gucht hat es auf den Punkt gebracht: „Der große Kampf im Weltmarkt der Zukunft wird sich um Normen, Standards, Staatshilfen drehen, nicht mehr um Zölle. Wir Europäer müssen die globalen Standards setzen, damit es nicht andere für uns tun“. Und weiter: „TTIP dient der Sicherung der transatlantischen Führungsposition“. Zutreffend bezeichnete die damalige US-Außenministerin Hillary Clinton die geplante TTIP als „die ökonomische NATO“. Die ökonomische und militärische NATO würden sich in ihren aggressiven Rollen gegen- und wechselseitig stützen.

[www.isw-muenchen.de](http://www.isw-muenchen.de)

**TTIP muss und kann verhindert werden!**

## DGB beteiligt sich an Demonstration für gerechten Welthandel

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) ist dem Trägerkreis beigetreten, der die Demonstration „TTIP & CETA stoppen! Für einen gerechten Welthandel!“ am 10. Oktober 2015 in Berlin organisiert. Hier der Aufruf des Trägerkreises im Wortlaut:

Im Herbst 2015 tritt die Auseinandersetzung um die Handels- und Investitionsabkommen TTIP und CETA in die heiße Phase. Beide Abkommen drohen Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu untergraben und auszuhebeln. Es ist höchste Zeit, unseren Protest gegen die Abkommen auf die Straße zu tragen!

Wir treten gemeinsam für eine Handels- und Investitionspolitik ein, die auf hohen ökologischen und sozialen Standards beruht und nachhaltige Entwicklung in allen Ländern fördert. Sie muss insbesondere

- Demokratie und Rechtsstaat erhalten sowie die Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten, Ländern und Kommunen gewährleisten und auch für die Zukunft sichern,
- nationale wie internationale Standards zum Schutz von Mensch und Umwelt respektieren

und stärken

- die Entwicklung einer gerechten Weltwirtschaftsordnung fördern sowie Verantwortung und Rechenschaftspflichten von Unternehmen weltweit festschreiben

Wir brauchen soziale und ökologische Leitplanken für die Globalisierung. Doch TTIP und CETA gehen in die falsche Richtung: Der „Wert“ des Freihandels wird über die Werte ökologischer und sozialer Regeln gestellt. Sonderrechte für Investoren und Investor-Staats-Schiedsverfahren gefährden parlamentarische Handlungsfreiheiten. TTIP und CETA setzen öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge, kulturelle Vielfalt und Bildungsangebote unter Druck. Sie ziehen die falschen Lehren aus der Finanzkrise, stärken internationale Konzerne und schwächen kleine und mittelständische Unternehmen, auch in der Landwirtschaft. TTIP und CETA grenzen die Länder des globalen Südens aus statt zur Lösung globaler Probleme wie Hunger, Klimawandel und Verteilungsgerechtigkeit beizutragen.

Wir treten daher für internationale Abkommen

ein, die Umwelt-, Sozial-, Daten- und Verbraucherschutzstandards erhöhen, statt sie zu senken oder auszuhebeln;

- Arbeitsstandards wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) festschreiben, statt sie auszuhöhlen;
- öffentliche und gemeinnützige Dienstleistungen und Daseinsvorsorge stärken, statt sie zu schwächen;
- kulturelle Vielfalt und öffentliche Bildungsangebote fördern, statt sie als Handelshemmnis zu betrachten;
- bäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft sowie artgerechte Tierhaltung voranbringen, statt Gentechnik und industrielle Landwirtschaft zu fördern;
- die Macht von Konzernen und Finanzmarkt-Akteuren begrenzen, statt sie zu vergrößern;
- global ausgerichtet sind statt die Mehrheit der Menschen auszugrenzen und
- transparent und offen verhandelt werden statt geheim und in Hinterzimmern.

Hierfür gehen wir am Samstag, 10. Oktober in Berlin auf die Straße. Demonstrieren Sie mit!

Mehr Infos auf [www.ttip-demo.de](http://www.ttip-demo.de)

## Statistiken lügen - aber wie!

### Flensburg ist die ärmste Stadt Deutschlands

Der Jubel war groß: Die Arbeitslosenzahlen sinken auf einen historischen Tiefstand. Flensburg jubelt. 4.822 arbeitslose Frauen und Männer zählte die Mai-Statistik. Das sind 9,8 Prozent. Damit rutschte die Arbeitslosenquote erstmals seit Einführung der so genannten Hartz-Reformen in Flensburg unter die 10 Prozent-Marke, war also erstmals wieder nach einem Jahrzehnt einstellig. Die Zahl der Langzeitarbeitslosenquote ist sogar überdurchschnittlich gesunken, und zwar um 4,1 Prozent. Sage und schreibe 78 weniger Arbeitslosengeld-II-Bezieher, mithin 3752 Personen in Flensburg, und 6.373 so genannten Bedarfsgemeinschaften. „Positiver Trend“ heißt das in der Nachrichtensprache, was der Chef der Flensburger Arbeitsagentur verkündet. Die Vollbeschäftigung scheint nur eine Frage der Zeit.

Am gleichen Tag wie die Arbeitslosenstatistik veröffentlicht die Bertelsmann-Stiftung eine aktuelle Untersuchung über die kommunalen Sozialausgaben, die auf der letzten amtlichen Rechnungsstatistik aus dem Jahr 2012 beruht. Die Stiftung hat genau nachgeschaut, was Städte und Kreise für die Armen Deutschlands ausgeben. Und sie schreibt: „In keiner Stadt

Deutschlands ist der Anteil an Sozialausgaben des Haushalts höher als in Flensburg. Sie betragen 58 Prozent.“ Die Autoren der Studie sind sich einig: hohe Sozialausgaben zeugen von wirtschaftlicher Schwäche, also von geringem Steueraufkommen und hoher Langzeitarbeitslosigkeit. Gerade die Arbeitslosenzahlen in Flensburg befinden sich aber nach der amtlichen Statistik im Sinkflug. Arbeitslose Männer und die Langzeitarbeitslosen profitieren dabei besonders stark von diesem Trend. Die Langzeitarbeitslosigkeit geht zurück und die Sozialausgaben steigen trotzdem? Wie passt das zu den Ergebnissen der Bertelsmann-Studie?

Stimmen die Statistiken überhaupt? Viele Experten bezweifeln inzwischen den Wahrheitsgehalt der amtlichen Arbeitslosenstatistik. Maßnahmen wie die Herausnahme von Arbeitslosen, die sich krank gemeldet haben, oder das Herausdrängen von schlecht vermittelbaren, älteren Arbeitslosen, sind Praxis in den Agenturen. Kosmetische Maßnahmen wie die kurzfristige Vermittlung von Arbeitslosen an Zeit- oder Leiharbeitsfirmen. So verschafft sich das Vermittlungsteam in den Agentu-

ren für Arbeit gute Zahlen. Es spielt nämlich keine Rolle, ob die Arbeitslosen in den Zeitunternehmen überhaupt Geld verdienen. Sie verschwinden aus der Statistik, weil sie vermittelt wurden. Hirnrissige Statistik-Manipulation.

Das gleiche bei den Sozialausgaben. Natürlich beinhalten sie Wohngeld für Arbeitslose und Zahlungen an die Jugendhilfe. Der größte Brocken ist aber der Kita-Ausbau. Der zuständige Bürgermeister Henning Brüggemann verweist darauf, dass die Stadt Flensburg enorm in den Ausbau der Kindertagesstätten investiert. Jahrelang dümpelte die Zahl der Betreuungsplätze vor sich hin, bevor die Stadt der Ehrgeiz packte und sie systematisch in den Ausbau investierte, was eben an den Sozialausgaben im städtischen Haushalt und letztlich in der Bertelsmann-Studie abzulesen ist.

Man muss also hinter die Zahlen schauen: was bedeuten die hohen Sozialausgaben der Kommunen? Struktur- und steuerschwache Kommunen graben sich immer tiefer ins Minus und demzufolge nehmen ihre Gestaltungsmöglichkeiten dramatisch ab. Die Studie spricht von einem „Teufelskreis schlechter Infrastruktur, geringer Einnahmen, hoher Sozialausgaben und Investitionsstau.“ Arbeitslose in armen Städten haben also schlechtere Chancen.

## Hartz IV und die Vernichtung von Arbeitsplätzen gefährden die Demokratie

Die gesellschaftliche Nachkriegsordnung mit Grundrechten und Sozialstaat ist mit dem menschenverachtenden Neoliberalismus unvereinbar. Das Grundgesetz ist dem Sozialstaat verpflichtet: Nach Artikel 20 Grundgesetz können Grund und Boden, die Naturschätze und die Produktionsmittel in Gemeineigentum übergeführt werden. Die Grundgesetznormen sind nicht verhandelbar. Nach dem neoliberalen Verständnis kann Demokratie aber nur in so weit zugelassen werden, als sie Privateigentum und die ungehinderte Verfügung darüber und die ungehinderte Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft garantiert.

Wohlstand und Demokratie kann es nur mit Vollbeschäftigung mit gerechtem Lohn geben und Vollbeschäftigung nur mit Arbeitszeitverkürzung bei vollem und gerechtem Lohnausgleich geben.

Wohlstand und Demokratie kann es nur geben, wenn Arbeiter an den Arbeitsprozessen und den Produktionsmitteln beteiligt sind und daran teilhaben können. Wenn sie bei Investitionen durch ungehinderte betriebliche Mitbestimmung beteiligt werden und die Gewinne gerecht an alle am Arbeitsprozeß beteiligten verteilt werden.

Diese Arbeitnehmerrechte müssen wir erkämpfen und das ist die Alternative zu Hartz IV.

Hartz-IV muß weg, ist eine Forderung, die in unserer Partei Konsens ist.

**Wenn wir die Abschaffung von Hartz-IV fordern, was kommt dann?**

Eine Forderung ist das bedingungslose Grundeinkommen, die nicht nur

von Erwerbslosen, sondern auch von Kapitalisten vertreten wird.

**Die kommunistische Alternative dazu ist das Recht auf Arbeit mit gerechtem Mindestlohn von mindestens 12 Euro Stundenlohn.**

Denn Arbeit hat nicht nur die Funktion, durch Erwerbseinkommen den Lebensunterhalt zu sichern. Arbeit strukturiert unseren Tagesablauf, schafft soziale Kontakte zu den Arbeitskollegen und fördert solidarisches Handeln durch gewerkschaftliche Organisation und politisches Bewußtsein als Arbeiterklasse.

Die Forderung nach bedingungslosem Grundeinkommen verkennt den „Anteil der Arbeit an der Menschwerdung des Affen“ (Friedrich Engels): psychische Verelendung und die Verbreitung des Lumpenproletariats wäre die Folge für alle diejenigen, die nicht eine ausgeprägte Fähigkeit zur Selbstorganisation haben. Grundeinkommen wäre ein Almosen, das die Reichen großzügigerweise zur Verfügung stellen und wenn sie es nicht mehr wollen, wieder abschaffen können.

**Recht auf Arbeit mit Mindestlohn** ist schon heute finanzierbar, auch wenn Arbeiter an den Arbeitsprozessen und den Produktionsmitteln noch nicht beteiligt sind und daran teilhaben können. Denn auch Hartz-IV kostet Geld, das arbeitenden Menschen durch ihre Steuer und ihre Sozialversicherungsbeiträge genommen wird. Die Empfänger von Hartz IV sind die Arbeitsbeschaffer für diejenigen, die in den Arbeitsagenturen und Bildungsträgern, die Arbeitslosen verwalten. Dadurch werden **Hartz-IV-Empfänger doppelt**

**entwürdigt:** zum einen werden arbeitsfähige Menschen zu Almosenempfänger entwürdigt, zum anderen sollen sie umsonst im Praktikum oder für einen Euro Stundenlohn arbeiten. Dadurch werden ihr Selbstwertgefühl und ihre Menschenwürde vernichtet.



Da die jetzige Hartz-IV Regelung gesellschaftlich sogar teurer ist als das **Recht auf Arbeit mit Mindestlohn**, müssen wir den Regierenden und Reichen unterstellen, daß die Zerstörung des Selbstwertgefühls der Arbeiterklasse gewollt ist.

Für das Geld, Grundsicherung plus 1 Euro pro Stunde, das ein Hartz-IV-Empfänger uns arbeitende Menschen kostet (nicht „dem Staat“) kann er problemlos für einen Stundenlohn von 12 Euro (analog Mindestlohn für Bauarbeiter ohne Berufsausbildung) mindestens drei Stunden werktätlich beschäftigt werden. Wer diese drei Stunden werktätlich nicht arbeiten **kann**, hat nach geltender Rechtslage schon jetzt Anspruch auf Erwerbsunfähigkeitsrente.

**Mit Recht auf Arbeit für gerechten Mindestlohn** hat jeder tarifliche und gewerkschaftliche Rechte und ist kein Almosenempfänger. Die Diskussion, ob eine Arbeit zumutbar ist, würde entfallen, da ja dafür ein Stundenlohn gezahlt wird, der deutlich über dem heute ortsüblichen Lohn für Menschen ohne Berufsausbildung liegt. Durch die Festsetzung des Mindestlohns auf 12 Euro die Stunde wären Lohndumping und Konkurrenzverschiebungen auf dem Arbeitsmarkt ausgeschlossen.

Siglinde Cüppers

Was den Armen zu wünschen wäre  
Für eine bessere Zukunft?  
Nur dass sie im Kampf gegen die Reichen  
So unbeirrt sein sollen  
So findig  
Und so beständig wie die Reichen  
Im Kampf gegen die Armen sind.

(Erich Fried)

## Als die Befreiung nach Flensburg kam

Ein langer Zug mit Blumen und Kränzen war der Einladung des DGB und der VVN-BdA gefolgt und bewegte sich still am 8. Mai 2015 über den Flensburger Friedhof am Friedenshügel zum Ehrenmal für die Opfer des Naziregimes, um derer zu gedenken, die vor 70 Jahren das Ende des Krieges und die Befreiung nicht erleben konnten.

„Mehr als 55 Millionen Menschen fielen Nazi-Terror, Holocaust und Vernichtungskrieg zum Opfer. Sie bezahlten den deutschen Griff nach der Weltherrschaft mit unvorstellbarem Leid und ihrem Leben“, sagte Ludwig Hecker von der VVN-BdA Flensburg. Er nahm die Gedenkstunde zum Anlass um das Ende der Todestransporte aus den Konzentrationslagern Neuengamme und Stutthoff - zu Fuß, per Bahn und auch mit Schiffen - Ende April / Anfang Mai 1945 zu schildern.

Die überlebenden Häftlinge wurden auf den im Hafen liegenden Dampfer „Rheinfels“ eingeschifft. 1600 Häftlinge mussten hier von der SS bewacht weiter unter unmenschlichen Bedingungen ausharren. Erst am 10. Mai wurden sie von den nach Flensburg gelangten Alliierten befreit, gepflegt und medizinisch versorgt. 1350 befreite ausländische Häftlinge wurden vom Schwedischen Rotem Kreuz zur weiteren Krankenbehandlung mit dem Motorschiff „Homberg“ nach Malmö ge-

bracht. Der Krieg war wohl zu Ende, aber es bedurfte noch vieler Jahre um das Elend und die Schäden zu überwinden.

Heute, so viele Jahre danach, ist es auf der Welt nicht viel friedlicher geworden. Millionen Menschen sind auf der Flucht vor Hass und Mangel an Toleranz, weil sie einer Minderheit angehören, einen anderen Glauben oder eine andere Hautfarbe haben. „Deshalb muss der 8. Mai auch weiterhin ein besonderer Tag der Erinnerung und der Mahnung sein“, sagte der stellvertretende Vorsitzende des DGB Flensburg, Joachim Sopha.

Die Stadtpräsidentin Swetlana Krättschmar hatte in diesem Jahr ebenfalls an der Gedenkveranstaltung teilgenommen. Im Anschluss legte sie einen Kranz an den Gräbern polnischer Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und Kindern nieder.

Am Tag darauf, den 9. Mai, der in Russland und der ehemaligen Sowjetunion als Tag des Sieges über Nazi-Deutschland begangen wird, besuchte die Stadtpräsidentin auf dem Friedenshügel die Grabanlage der sowjetischen Zwangsverschleppten und ihrer Kinder, sowie das Gräberfeld der in Gefangenschaft umgekommenen sowjetischen Kriegsgefangenen, um auch dort einen Kranz niederzulegen.



Foto: DGB Flensburg

**Wasserturmfest**

Ab 15 Uhr Kinderfest  
Kaffee & Kuchen  
iiiiiiiiiiii  
15.30 Uhr  
Diskussionsrunde  
**Solidarität  
mit Griechenland**  
mit Rolf Becker  
einer Vertreterin von Syriza  
Vertreter der Solibewegung  
aus Kiel und Hamburg  
iiiiiiiiiiii  
**Fest der Solidarität**  
Tombola & Flohmarkt  
Speisen & Getränke  
Musik zum Tanz für jung & alt  
iiiiiiiiiiii  
Samstag, 22. August 2015  
in Elmshorn, Jahnstr. 2a

### DKP lädt ein:

#### Mitgliederversammlung

z Donnerstag, 13. August, 18 Uhr  
z Donnerstag, 10. Sept., 18 Uhr  
z Donnerstag, 8. Okt., 18 Uhr  
im TABLEAU Kulturcafé  
Kurze Straße 1, Flensburg

## BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg  
Postfach 1401, 24904 Flensburg  
dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich  
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSDP)  
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:  
beim AStA der UNIVERSITÄT  
OSSJETZKY-BUCHHANDLUNG  
VOLKSBAD | HAFERMARKT  
KONTRASTE | KAFFEEHAUS  
VIVA | GRISOU | CAFÉ CENTRAL  
PORTICUS | FEUERSTEIN  
TABLEAU-KULTURCAFÉ